

Landgericht Berlin

Beschluss

Geschäftsnummer: 27 O 789/12

13.12.2012

In dem Verfahren über den Erlass einer einstweiligen Verfügung

Antragstellerin,

- Verfahrensbevollmächtigte:
Rechtsanwälte Eisenberg Dr. König Dr. Schork,
Görlitzer Straße 74, 10997 Berlin -

g e g e n

1. die Zentralkonsum e.G.,
vertreten d.d. Vorstand Martin Bergner und
Thomas Pfaff,
Neue Grünstraße 18, 10179 Berlin,
2. den Herrn Martin Bergner,
Brunnenstraße 157, 10115 Berlin,

Antragsgegner,

- Verfahrensbevollmächtigte:
Rechtsanwälte Wöhlermann, Lorenz & Partner,
Walter-Benjamin-Platz 6, 10629 Berlin -

hat die Zivilkammer 27 des Landgerichts Berlin am 13.12.2012 durch den Vorsitzenden Richter am Landgericht Mauck, die Richterin am Landgericht Becker und den Richter am Landgericht Dr. Himmer beschlossen:

1. Der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung wird zurückgewiesen.
2. Die Antragstellerin hat die Kosten des Verfahrens zu tragen.
3. Der Streitwert wird auf 50.000,-- Euro festgesetzt.

Gründe

Der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung vom 26. November 2012 unterlag der Zurückweisung, da er unbegründet ist. Der geltend gemachte Anspruch auf Unterlassung, über das Ermittlungsverfahren gegen die Antragstellerin in der antragsgegenständlichen Art und Weise zu berichten, besteht nicht (§§ 823 Abs. 1, analog 1004 Abs. 1 Satz 2 BGB i.V.m. Art. 1 Abs. 1, Art. 2 Abs. 1 GG). Das allgemeine Persönlichkeitsrecht der Antragstellerin ist nicht durch das Bereithalten der beanstandeten Inhalte zum Abruf im Internet in rechtswidriger Weise verletzt worden. Die Abwägung der schutzwürdigen Rechtsposition der Antragstellerin mit dem Recht der Antragsgegner auf freie Meinungsäußerung geht zu Lasten der Unterlassungsbegehrenden.

Der Bundesgerichtshof hat in einem ähnlich gelagerten Fall überzeugend herausgearbeitet, dass das weitere Bereithalten einer den Betroffenen identifizierenden Meldung zum Abruf nicht durch die Einstellung des Strafverfahrens gemäß § 153a StPO rechtswidrig sein muss, wenn die Meldung über die Einstellung des Strafverfahrens der Wahrheit entspricht (BGH, Urteil vom 30. Oktober 2012, VI ZR 4/12, juris).

Dem (weiteren) Bereithalten der Meldung steht nach Auffassung des Bundesgerichtshofes, der sich auch die Kammer anschließt, nicht die Unschuldsvermutung entgegen. Zwar wird diese Vermutung durch eine Einstellung des Verfahrens gemäß § 153a StPO nicht widerlegt. Mit der Einstellung wird keine Entscheidung darüber getroffen, ob der Beschuldigte die ihm durch die Anklage vorgeworfene Tat begangen hat oder nicht; das Gesetz verlangt lediglich das hypothetische Urteil, dass die Schuld des Täters nicht als zu schwer anzusehen wäre (BVerfGE 82, 106, 116 ff.; BVerfG, NJW 1991, 1530, 1531; Meyer-Goßner, StPO, 55. Aufl., § 153a Rn. 2, 7, jeweils mwN). Die Unschuldsvermutung schützt den Betroffenen aber nur vor Nachteilen, die Schuldspruch oder Strafe gleichkommen, ohne dass ihm in dem gesetzlich dafür vorgeschriebenen Verfahren strafrechtliche Schuld nachgewiesen worden ist (vgl. BVerfGE 74, 358, 371; 82, 106, 114 f., 117, 119 f.). Sie schließt dagegen nicht aus, dass eine Verdachtslage beschrieben und bewertet wird (vgl. BVerfGE 82, 106, 117; BVerfG, NJW 1991, 1530, 1532; StV 2008, 368, 369). Die Mitteilung der Einleitung des Ermittlungsverfahrens wegen des Verdachts der falschen Versicherung an Eides Statt war nicht geeignet, dem dortigen Kläger Nachteile zuzufügen, die einem Schuldspruch oder einer Strafe gleichkommen (BGH, Urteil vom 30. Oktober 2012, VI ZR 4/12, juris, Rn. 24).

Ein von ähnlicher Berichterstattung betroffener Beschuldigter ist auch nicht wie ein Freigesprochener zu behandeln. Der Beschuldigte wird durch eine Einstellung des Verfahrens gemäß § 153a StPO zwar nicht für schuldig befunden; er wird aber auch nicht in einer dem

Freispruch vergleichbaren Weise rehabilitiert (vgl. BVerfGE 82, 106, 118; Meyer-Goßner, aaO Rn. 2, 7). Vielmehr setzt die Anwendung dieser Bestimmung einen hinreichenden Tatverdacht voraus (vgl. BVerfGE 82, 106, 118; Meyer-Goßner, aaO Rn. 7; Scheinfeld in FS Herzberg 2008, S. 843, 845, jeweils mwN; vgl. BGH, Urteil vom 30. Oktober 2012, VI ZR 4/12, juris, Rn. 25).

Entgegen der Auffassung der Antragstellerin unterscheidet sich der hiesige Fall nicht in erheblicher Hinsicht von dem dem Bundesgerichtshof zur Entscheidung vorliegenden Sachverhalt. Auch der Umstand, dass wegen des Tatvorwurfs in dem hiesigen Fall seit 2003 ermittelt wurde und der beanstandete Sachverhalt 10 Jahre und mehr zurückliegt, rechtfertigt eine Abweichung von den zuvor aufgeführten Grundsätzen des Bundesgerichtshofs nicht. Den Bundesgerichtshof hat schon eine Einstellung nach § 153a StPO, die drei Jahre zurücklag, nicht daran gehindert, die aufgezeigten Grundsätze anzuwenden. Das muss im hiesigen Fall einer Verfahrenseinstellung vom 28. März 2012 (s. Bl. 4 d.A.) erst recht gelten, da das Strafverfahren eine die Öffentlichkeit wesentlich berührende Frage betrifft, wie die Antragsgegner in ihrem Schriftsatz vom 7. Dezember 2012, auf den verwiesen wird, zutreffend ausgeführt haben.

Kein Gehör kann die Antragstellerin schließlich damit finden, weil die Antragsgegner Beiträge, die nicht mehr archivarisch zugänglich waren, wieder an die Öffentlichkeit geholt und damit am 26. November 2012 erneut verbreitet habe. Es geht hier angesichts des Interesses der Medien an dem Strafverfahren (s. Sendung Klartext vom 5. Dezember 2012 im rbb – Bl. 21 d.A.) um Ereignisse, an denen die Öffentlichkeit noch aktuell (ein erhebliches) Interesse zeigt.

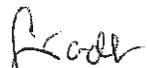
Die Kostenentscheidung beruht auf § 91 ZPO, diejenige zur Streitwertfestsetzung auf § 53 ZPO i.V.m. § 3 ZPO.

Mauck

Becker

Dr. Himmer

Ausgefertigt



Gradt
Justizbeschäftigter

